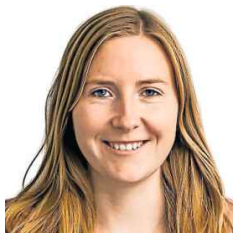


Meinungsbörse

Debatte um Impulskäufe
Der Wageninhalt entscheidet

Im Kassenbereich liegt der Süßkram in greifbarer Nähe. Gerade für Eltern kann das zur Nervenprobe werden. Die Debatte, ob die Regierung eingreifen sollte, dürfte die Emotionen hochkochen lassen.

Derweil hat der Einzelhandel erkannt, dass er solche Debatten nutzen kann. Die Liste der Änderungen, die Supermärkte und Discounter angekündigt haben, ist lang. Sie wollen mehr Gemüse anbieten und den Zuckeranteil in Produkten reduzieren. Sie hoffen auf Kundschaft, die genau das goutiert. Ein Schritt kann auch das Verbannen von Impulsware



Johanna Apel

sein. Das könnte Kunden ansprechen, wobei eins zu bedenken ist: Über einen gesunden Lebensstil entscheidet nicht der Spontankauf an der Kasse – sondern das, was bereits davor im Wagen lag.

johanna.apel@ihr-kommentar.de

Handwerk (noch) Fels in der Brandung

Fast jeder zweite Betrieb bewertet die Lage noch als gut. Im Bauhandwerk jedoch herrscht Alarmstimmung: Wenn die Auftragsflaute anhält, droht Stellenabbau. Die Handwerkskammer fordert Politik zum Handeln auf.

Martin Krause

■ **Bielefeld.** Die gute Nachricht lautet: In vielen Handwerksbetrieben ist die wirtschaftliche Lage gar nicht so schlecht. Im Gegenteil, bei der jüngsten Konjunkturumfrage haben 47 Prozent der befragten Betriebe ihre aktuelle Lage als „gut“ bewertet, weitere 40 Prozent sind immerhin „zufrieden“. Trotz des seit einem Jahr anhaltenden Abschwungs bleibe „das Handwerk in unserer Region erfreulich robust“, sagt Peter Eul, der Präsident der Handwerkskammer OWL. Der aus den Einschätzungen zur aktuellen Lage und den Erwartungen für die nächsten Monate errechnete Geschäftsklimaindex sei mit 108 Punkten zwar deutlich schlechter als im Frühjahr 2023, aber auch um fünf Prozentpunkte besser als im Herbst 2022. Also alles in Ordnung?

Nein, die Vertreter des regionalen Handwerks, das mit 215.000 Beschäftigten in mehr als 22.300 Betrieben als zentrale Säule der heimischen Wirtschaft gilt, zeigen sich besorgt. Angesichts der geopolitischen Spannungen, aber auch durch wirtschaftspolitische Verunsicherung seien die Erwartungen der Handwerker in den Keller gerutscht. „Das Investitionsklima ist auf ein Allzeittief gesunken“, sagt Jens Prager, der Hauptgeschäftsführer der Kammer.

Besonders beunruhigend ist die Entwicklung demnach vor allem für das Bauhauptgewerbe, das mit 2.200 Betrieben allein in OWL eigentlich „Konjunkturlokomotive“ und „Wachstumsmotor“ sei. Norma Bopp-Strecker, Mitglied im Vorstand der Kammer und Geschäftsführerin der Hochbau Detert GmbH & Co. KG in Bielefeld, spricht von „Alarmstimmung“ in der Branche. Aufträge, die jetzt abgearbeitet würden, stammten schon aus den Zeiten vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine, sagt sie. Viele Investoren hätten ihre Neubaupläne seither aber eingestellt oder verschoben, neue Aufträge würden kaum erteilt. Während viele Baufirmen in den vergangenen Jahren ihre Kapazitäten aufgestockt und neue Mitarbeiter eingestellt hätten, sei die Auftragsreich-



Baustelle eines Wohnhauses. Die Zahl der Baugenehmigungen sinkt rapide.

Foto: imago images

weite auf gut 13 Wochen gesunken. Wenn die Auftragslage sich nicht rasch bessert, „laufen wir auf eine Wand zu“, deutete Bopp-Strecker die Gefahr von Stellenabbau an.

Peter Eul warnte, es drohe „ein Personal- und Kapazitätsabbau, der sich nicht wieder umkehren lässt.“ Zukunftsprojekte wie Energiewende und Wohnungsbau könnten zum Erliegen kommen.

Kammer-Manager Prager

verwies als Beleg schlicht auf die sinkenden Baugenehmigungen: „Was nicht genehmigt ist, wird nicht gebaut.“

Ein Teil der breiten Verunsicherung sei die Folge von Knappheiten und der Verteuerung von Energie und Materialien, Inflation und Zinssteigerungen. Die Preise vieler Vorprodukte seien volatil und schwer zu kalkulieren. Doch die Probleme der Baubranche seien zum Teil auch politisch

bedingt, klagten die Handwerksvertreter. Durch Baustandards und Auflagen habe der Staat im Wohnungsbau hohe Kostensteigerungen verursacht. Pro Quadratmeter Wohnfläche seien die Baukosten innerhalb weniger Jahre von rund 3.000 Euro auf 4.000 bis 5.000 Euro gestiegen, sagt Bopp-Strecker. „Dabei sprechen wir nicht mal von einem Null-Energie-Haus, sondern von Wohnraum nach norma-

lem KfW-40 oder -55-Standard“. Das Ergebnis sei, dass sich der Mietwohnungsbau für private Bauherren derzeit nicht mehr lohne. Die Fördermöglichkeiten seien zugleich noch allzu vage und unzureichend.

Peter Eul und Jens Prager lobten die Beschlüsse des Wohnungsbaupflichts im Berliner Kanzleramt aber als „gute Ansätze“ und „hilfreich“. Doch nun müsse Tempo gemacht werden, um die Pläne umzusetzen, „am besten sofort“. Einige Maßnahmen seien dem Handwerk besonders wichtig: Etwa eine attraktive Ausgestaltung der KfW-Neubauprogramme, die Öffnungsklauseln für die Grunderwerbssteuer und alles, was der Vereinfachung und Beschleunigung von Bauplanung und Genehmigungsverfahren dient.

Alfred Gemmeke, Maler- und Lackierermeister und Obermeister seiner Innung im Kreis Höxter-Warburg, nennt Ansatzpunkte für eine nötige Deregulierung: So solle die Auflage, dass alle Wohnungen im sozialen Wohnungsbau barrierefrei sein müssten, für allzu große Kostensteigerungen, die den Förderanreiz zu nichte machen könnten.

Für Kostensteigerungen, die letztlich die Kunden zahlen müssten, seien zudem übertriebene Dokumentationspflichten verantwortlich – dabei gehe es um Arbeitszeiten, Steuerfragen oder Datenschutzwesen, „All das kostet Zeit und Geld“, kritisiert Gemmeke.

Obwohl auch das Ausbaugewerbe mit einer Verschlechterung der Auftragslage rechnen muss, zum Beispiel, weil Dämm-Maßnahmen nicht mehr so gefördert werden wie in der Vergangenheit, steht diese Branche recht stabil da. Hier mache sich weiterhin eine Sonderkonjunktur für Modernisierungs- und Effizienzmaßnahmen bemerkbar, heißt es.

Noch in der Hochkonjunktur befinden sich derzeit das Gesundheitsgewerbe (Augenoptiker, Zahntechniker) und die Handwerke für den Privaten Bedarf (Friseur, Kosmetiker). Und es gebe mehr als 19.000 offene Stellen im OWL-Handwerk, plus 5.300 unbesetzte Ausbildungsplätze, sagt Jens Prager. Doch die Sorgen der Baubranche überwiegen.

DIE DIESEN ARTIKEL FINANZIERT HÄTTE

Die Gesundheit unserer Kinder liegt uns am Herzen. Deshalb wünschen wir uns wirksame Maßnahmen, die Kinder vor Fehlernährung schützen. Werbebotschaften sind unwirksam im Kampf gegen kindliches Übergewicht. Wir wollen, dass unsere Kinder in einer Welt mit Informations-, Meinungs- und Medienvielfalt aufwachsen können.

Dennoch durch pauschale Werbeverbote wie das Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz verlieren Medien nicht nur eine der wichtigsten Einnahmequellen, sondern unsere Gesellschaft auch die zuverlässige Versorgung mit Informationen als Gegengewicht zu Desinformation und Fake News.

22099501_00023

Tennis-Point ist insolvent

Das Unternehmen gilt als Online-Marktführer. Die Mehrheit hält René Benkos Konzern „Signa“.

■ **Herzebrock-Clarholz** (hn/cas). Die Tennis-Point GmbH aus Herzebrock-Clarholz (Kreis Gütersloh) hat Insolvenz angemeldet. Das berichtet die „Wirtschaftswoche“.

Das im Jahr 2000 gegründete Unternehmen gilt als Online-Marktführer für den Handel mit Tennisausrüstung aller Art in Europa. Dazu unterhält die Firma Shops in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Spanien, Frankreich, Italien, Kroatien und der Türkei. Die Zahl der Mitarbeiter liegt bei etwa 300. Erste Anzeichen, dass Tennis-Point unter Druck geraten könnte,

hätten sich laut „Wirtschaftswoche“ in jüngerer Zeit verdichtet.

Die Mehrheit an dem Unternehmen wurde im Jahr 2016 von dem Konzern „Signa“ des österreichischen Unternehmers René Benko übernommen. Dieser bündelte nach Darstellung des Wirtschaftsfachblattes den Tennisspezialisten gemeinsam mit anderen Sportplayern unter dem Dach der Plattform Signa Sports United. Vor Kurzem habe der österreichische SSU-Großaktionär Signa eine Finanzzusage an Tennis-Point kassiert, heißt es in dem Bericht.

Persönlich



Konzert für RWE

Robbie Williams (49), Pop-sänger, gibt am Samstagabend ein Privatkonzert in Essen. Eingekauft hat ihn der Energiekonzern RWE, der in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen feiert. 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus aller Welt werden zu dem Konzert erwartet.

Foto: dpa



Forderung

Helmut Dedy (65), Städtetags-Hauptgeschäftsführer, fordert mit Blick auf den von der Regierung angekündigten „Job-Turbo“ für Geflüchtete eine bessere Ausstattung der Jobcenter: „Ein Integrationsturno für Geflüchtete und Sparpolitik bei den Jobcentern passen nicht zusammen.“

Foto: dpa

Kammerpräsident Peter Eul wird 60

■ **OWL-Handwerkspräsident** Peter Eul feiert am Sonntag seinen 60. Geburtstag. 2019 hatte der Friseurmeister aus Enger die Nachfolge von Lena Strothmann angetreten. Statt eine große Geburtstagsparty zu feiern, habe er einen Bei-



Foto: Mike-Dennis Müller

trag an die Stiftung Zukunft Handwerk OWL gespendet, heißt es. Im kleinen Kreis wolle er am Sonntag essen gehen, sagt Eul. Und er eröffnet in Gütersloh die nordwestdeutschen Friseurmeisterschaften um den „Goldenen Kamm“.

Das ändert sich auf Schienen und Straßen

Umfassende Reformen im Verkehrsbereich haben den Bundestag passiert.

■ **Berlin** (AFP). Der Bundestag hat weitreichende Reformen im Verkehrsbereich verabschiedet. Für zahlreiche Autobahn- und Schienenprojekte wird das überragende öffentliche Interesse festgeschrieben, um sie schneller zu realisieren. Auch soll die Sanierung von Brücken vorangehen, unter bestimmten Voraussetzungen entfallen hier die Umweltverträglichkeitsprüfungen. Vereinfachungen soll es auch für den Bau von Wind- und Solaranlagen an Autobahnen und Bundesstraßen geben.

Zudem verabschiedete das Parlament neue Regeln für die Lkw-Maut. Ab dem 1. Dezember wird die Abgabe für den Straßentransport um eine CO₂-Komponente erweitert – für Lastwagen mit einem höheren CO₂-Ausstoß ist dann mehr zu zahlen. Die Mautpflicht gilt außerdem ab dem 1. Juli 2024 auch für Fahrzeuge mit zulässiger Gesamtmasse von 3,5 bis 7,5 Tonnen. Ausgenommen sind Fahrzeuge von

Handwerkern mit weniger als 7,5 Tonnen. Der Bundesrat billigte das entsprechende Gesetz kurz nach der Zustimmung des Bundestages. Die Regierung erhofft sich damit Anreize für klimafreundlichere Antriebe und rechnet mit zusätzlichen Einnahmen. Die Mauteinnahmen sollen künftig zur Hälfte in die Schiene investiert werden. Der andere Teil des Geldes fließt wie bisher in den Aus-

bau und die Sanierung von Bundesfernstraßen.

Die Organisation Allianz pro Schiene sprach von einem „Meilenstein“ für die Verkehrswende. Ähnlich positiv äußerte sich der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut für den Schienenausbau zu nutzen sei der „Pfad der Klimaschutz- und verkehrspolitischen Vernunft“, so VDV-

Präsident Ingo Wortmann. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) begrüßte die Feststellung des „überragenden öffentlichen Interesses“ für 138 Autobahnprojekte. Derweil äußerte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) scharfe Kritik an der Erhöhung der Lkw-Maut. Diese könne erst „ihre erwünschte Lenkungswirkung entfalten, wenn der breite Serienhochlauf an Null-Emissions-Nutzfahrzeugen Fahrt aufgenommen hat“.

Das Parlament verabschiedete zudem eine Novelle des Straßenverkehrsgesetzes. Demnach können örtliche Behörden künftig selbst Änderungen in der Straßenverkehrsordnung erlassen. Sie können etwa dem öffentlichen Nahverkehr oder Fahrzeugen mit alternativen Antrieben durch Sonderspuren Vorrecht einräumen, Radwege ausbauen, Spielstraßen einrichten oder Tempo 30 im Umfeld von Schulen und Kitas anordnen.

Kein Beschluss über ICE-Trasse durch OWL

■ **Berlin** (lr). Im Genehmigungsbeschleunigungsgesetz spielt das größte Infrastrukturprojekt in OWL eine Rolle: Die ICE-Strecke zwischen Bielefeld und Hannover. Ein Ausbauprojekt gilt als „vordringlicher Bedarf“ und soll ein beschleunigtes Verfahren durchlaufen. Die Trasse sei wichtig für den Deutschlandtakt, also eine schnellere Verbindung von Verkehrsknoten.

Die SPD-Abgeordneten Jürgen Berghahn (Lippe), Wiebke Esdar (Bielefeld), Achim Post (Minden-Lübbecke), Stefan Schwartze (Herford/Bad Oeynhaus) und Marja-Liisa Völlers (Nienburg-Schaumburg) brachten einen Entschließungsantrag ein, der festhält, dass das Gesetz keine Festlegung auf Trassen, Verläufe, zu erreichende Geschwindigkeiten und Fahrzeiten sei. Sie befürworten einen Streckennahausbau statt eines Neubaus. Das Planungsverfahren solle fortgesetzt werden.

Maut-Einnahmen

